

# Zuhause in der Blumenstadt



Ein starkes Land braucht eine starke SPD: Carsten Schneider, Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion und Thüringer Spitzenkandidat zur Bundestagswahl, die Landtagsabgeordneten Dr. med. Cornelia Klisch und Denny Möller mit Erfurts OB Andreas Bausewein im Südpark.

FOTOSTUDIO IM BRÜHL / PETRA SCHUMANN

## Der nächste Kanzler

Exklusiv-Interview mit Bundesfinanzminister Olaf Scholz über die richtigen Lehren aus der Pandemie.

Seite 3

## Kinder sind Zukunft

Für starke Familien: Im Gespräch mit Bundesministerin Christine Lambrecht.

Seite 5

## BUGA 2021

Das sind die Highlights der Bundesgartenschau.

Seite 7

## City-Quiz Erfurt und Berlin

Machen Sie mit und gewinnen Sie eine Reise an die Spree für zwei Personen

Seite 8

## Tschüss Corona. Hallo Respekt!

Niemand von uns hat sich vor zwei Jahren träumen lassen, was die Pandemie uns und den Menschen weltweit seit dem Frühjahr 2020 und zum Teil bis heute abverlangt und zugemutet hat.

Wir alle starten in diesen Sommer mit ganz viel Hoffnung. Die Infektionszahlen sinken rasch, immer mehr Menschen sind durch Impfungen geschützt und die übergroße Mehrzahl der Bürgerinnen und Bürger ist besonnen und vernünftig. Dafür ein herzliches Dankeschön!

Überhaupt ist die Bewältigung der Pandemie ein Erfolg der gesamten Gesellschaft. Ob in den Familien und Nachbarschaften zwischen Homeoffice und Kinderbetreuung, in den Kliniken und der Pflege, im Handel, Transport und Verkehr oder im Polizei- und Rettungsdienst: Jede und jeder hat in den vergangenen Monaten seinen ganz persönlichen Beitrag geleistet!

Wir wollen und werden die richtigen Lehren aus der Corona-Zeit ziehen und deshalb streiten wir bis zur Wahl am 26. September mit Zuversicht und Leidenschaft für eine starke SPD in Berlin und Erfurt.

Es waren die Ministerinnen und Minister der SPD, allen voran Olaf Scholz, die das Land in der Krise am Laufen gehalten haben: schnelle Hilfen für Wirtschaft und Kultur, die Sicherung von Millionen Arbeitsplätzen durch das Kurzarbeitergeld, finanzielle Unterstützung für Kommunen, Sozialträger, Kliniken und Sportvereine, Kinderkrankentage, Kinderbonus, Anspruch auf Homeoffice oder die Digitalisierung unserer Schulen. Die SPD hat dafür gesorgt, dass alle Schüler einen Lap-

top zur Verfügung haben, der Kinderbonus nicht auf die Grundsicherung angerechnet wird und die erbärmlichen Arbeitsbedingungen in der Fleischindustrie beendet werden.

Während CDU/CSU und Grüne noch selbstvergessen „Wer wird Kandidat?“ gespielt haben, hat Olaf Scholz beim G7-Treffen eine globale Mindeststeuer durchgesetzt: Ein echter Meilenstein, damit auch Google, Apple, Amazon und Facebook endlich Steuern zahlen müssen. Wir wollen nicht, dass Beschäftigte, Rentner und Geringverdiener die Kosten der Krise tragen, sondern die, die dicke Profite gemacht haben.

Wenn auch in Thüringen im September ein neuer Landtag gewählt wird, dann wollen wir vor Ort Geld in die Hand nehmen für nötige Investitionen in moderne Schulen, Wohnungsbau, Infrastruktur und die öffentliche Gesundheitsversorgung.

Leider hat auch Bodo Ramelow in der Pandemie viel Vertrauen verspielt und die Thüringer CDU hat ein völlig ungeklärtes Verhältnis zur Höcke-AfD, die außer dummen Provokationen, rassistischer Hetze und gesellschaftlicher Spaltung gar nichts auf die Kette bekommt und völlig zu Recht vom Verfassungsschutz beobachtet wird.

Es gilt für Thüringen genauso wie im Bund: Ein starkes Land braucht eine starke SPD! Dafür bitte ich Sie am 26. September um Ihre Unterstützung.

**Ihr Carsten Schneider**

SPD-Bundestagsabgeordneter für Erfurt

## BUNDESGESUNDHEITSAMT

### Die öffentliche Gesundheit stärken

Nur ein starker Staat, der für seine Bürgerinnen und Bürger da ist, ist ein Garant für unsere Sicherheit und unser gemeinschaftliches Leben.

Mit diesem Wissen muss insbesondere der Öffentliche Gesundheitsdienst (ÖGD) gestärkt werden. Der ÖGD ist dem Namen nach der Wächter unserer öffentlichen, gesellschaftlichen Gesundheit. Dafür muss er finanziell gut ausgestattet sein.

Deshalb haben sich der Bund, die Länder und die Kommunen dazu entschlossen, diesen für die Zukunft zu rüsten. Mit 4 Milliarden Euro wird der ÖGD für weitere Pandemien und Gesundheitskrisen gewappnet. Allein Thüringen bekommt über die nächsten 5 Jahre insgesamt 75 Millionen Euro.

Das Geld soll dafür genutzt werden, mehr Ärztinnen und Ärzte für den öffentlichen Gesundheitsdienst zu gewinnen. Auch müssen die Strukturen digitaler werden, um in Krisensituationen effektiv und schnell handeln zu können.

Nicht zuletzt werden damit auch unsere Flug- und Seehäfen sicher gegen das Einschleppen fremder Krankheitserreger gemacht. So sorgen wir für eine sichere und gesunde Zukunft.

## AKTIONSWOCHE

### Mehr Aufmerksamkeit für pflegende Angehörige

Rund 80 Prozent der rund 135.000 Pflegebedürftigen in Thüringen werden überwiegend von ihren Angehörigen zu Hause begleitet und gepflegt. Dennoch werden pflegende Angehörige in der Öffentlichkeit zu wenig gewürdigt.

Um dies zu ändern, richten der Verein „Wir pflegen in Thüringen e. V.“ und die BARMER Ersatzkasse vom 5. bis zum 12. Juli 2021 erstmals eine Aktionswoche aus. In ganz Thüringen gibt es vielseitige Angebote und Initiativen. Auch der sozialpolitische Sprecher der SPD-Fraktion im Thüringer Landtag, Denny Möller, besucht in der Aktionswoche eine Tagespflegeeinrichtung in Erfurt, um sich ein Bild zu machen.

Möller macht deutlich: „Pflegerische Angehörige müssen entlastet werden, um auch weiterhin am sozialen Leben teilnehmen zu können.“ Er setzt sich zum Ziel, zusätzliche Plätze in der Kurzzeitpflege zu schaffen.

## IMPRESSUM

Herausgeber: SPD-Kreisverband Erfurt, vertreten durch Raik Steffen Ulrich (Kreisvorsitzender), Andreasstraße 3, 99084 Erfurt

Redaktion: Frank Schönemann (V.i.S.d.P.), Katharina Litz, Daniel Menning, Torsten Haß, Tassilo Scalera, Uwe Gründig, Harald Klatt u.a.

Auflage: 80.000

Druck: Druckzentrum Erfurt GmbH, Gottstedter Landstraße 6, 99092 Erfurt

E-Mail: [info@spd-erfurt.de](mailto:info@spd-erfurt.de)  
[www.spd-erfurt.de](http://www.spd-erfurt.de)

## Mehr Medizinstudenten für Thüringen

### Die Erfurter Ärztin Dr. Cornelia Klisch kämpft im Landtag für eine gute Gesundheitsversorgung

„Wir haben es tatsächlich geschafft: Der Thüringer Landtag hat im letzten Dezember beschlossen, dass die Medizinstudienplätze in Thüringen erhöht werden!“, freut sich die Erfurter Landtagsabgeordnete und Ärztin Dr. Cornelia Klisch. Schließlich hat sie damit ein persönliches Wahlversprechen eingelöst, sich für eine spürbare Verbesserung der medizinischen Versorgung im Freistaat einzusetzen. Mit dem Beschluss erhöht sich die Zahl der Thüringer Medizinstudienplätze um satte zehn Prozent. Das ist ein entscheidender Schritt zur Bekämpfung des Ärztemangels.

Der nächste wichtige Schritt ist die ebenfalls beschlossene Einführung der Haus- und Facharztquote für Thüringer Regionen, die von medizinischer Unterversorgung bedroht sind. „Natürlich müssen wir dafür sorgen, dass unsere Absolventen auch in Thüringen bleiben“, so Klisch.

Die lokalen Lehrkrankenhäuser wie das Katholische Krankenhaus und das Heliosklinikum in Erfurt sollen zudem mit mehr finanziellen Mitteln unterstützt und stärker in die klinische Lehre in Zusammenarbeit mit der Friedrich Schiller Universität Jena eingebunden werden, damit den Thüringern auch weiterhin eine hochwertige ambulante und stationäre Versorgung angeboten wird. „Gerade jetzt ist es entscheidend, auch langfristig in eine gute medizinische Versorgung vor Ort und überall in Thüringen zu investieren“, bekräftigt die Erfurter Abgeordnete.



Im Einsatz für gute Versorgung: Die Erfurter Ärztin und Landtagsabgeordnete Dr. Cornelia Klisch.

Dr. med. Cornelia Klisch ist seit 2014 Abgeordnete des Thüringer Landtags und dort seit 2020 Vorsitzende des Ausschusses für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung. Die Erfurterin ist Mutter von zwei Kindern und engagiert sich neben ihrem Beruf als niedergelassene Neurologin ehrenamtlich in zahlreichen Vereinen und Initiativen. Zudem war sie von 2009 bis 2020 Mitglied des Erfurter Stadtrates.

## Gute Medizin und Pflege für alle

### Die SPD setzt bei Gesundheit und Pflege auf die Bürgerversicherung



#### Gerecht: Eine Kranken- und Pflegeversicherung, in die alle einzahlen.

Nicht zuletzt die Corona-Krise hat uns gezeigt, wie wichtig gute Pflege in unserem Land ist. Doch Applaus allein reicht nicht! Daher fordern wir Tarifverträge für die Altenpflege, andernfalls wird es kein Geld aus der Pflegeversicherung geben. Aber nicht nur die Löhne müssen steigen, auch die Arbeits- und Stressbelastung in der Pflege muss dringend gesenkt werden. Wir als SPD machen uns daher für einen einheitlichen und bedarfsorientierten Personalschlüssel pro Patienten stark.

Damit die Kosten für eine bessere Pflege nicht zu Lasten der Pflegebedürftigen und ihrer Angehörigen gehen, bedarf es einer neuen Finanzierungsgrundlage. Wichtig ist uns, Personen mit niedrigen und mittleren Einkommen zu entlasten und Eigenanteile zu deckeln. Denn nicht die Leistungen der Pflegeversicherungen sollen begrenzt werden, sondern die Eigenanteile der Pflegebedürftigen.

Ziel der SPD ist daher die Weiterentwicklung der Kranken- und Pflegeversicherung zu einer solidarisch finanzierten Bürgerversicherung. Um das zu erreichen, muss die Einnahmeseite vergrößert werden. Darum sollen zukünftig alle Einkommensgruppen, auch Politiker, Beamte und Selbstständige, in die gesetzliche Versicherung einzahlen, aus der alle Versicherten medizinisch notwendige Leistungen erhalten.

Das Nebeneinander von gesetzlicher und privater Krankenversicherung führt zu erheblichen Ungerechtigkeiten in unserem Gesundheitssystem und kommt allen voran den gesetzlich Versicherten teuer zu stehen. Mit der Bürgerversicherung schaffen wir es, eine solidarisch und gerecht finanzierte Vollversicherung einzuführen, die die Menschen unabhängig ihres Einkommens gleichermaßen gut versorgt. Denn nicht der Versicherungsstatus, sondern die Erkrankung muss alleiniger Maßstab der Behandlung sein.



# „Ich will den Mindestlohn auf zwölf Euro anheben“

Bereits im August des letzten Jahres wurde Olaf Scholz von der SPD als Kanzlerkandidat nominiert. Der Erfurter Bundestagsangeordnete Carsten Schneider traf den Vize-Kanzler zum Gespräch in Berlin.

**Sehr geehrter Herr Vizekanzler: Die Pandemie steckt uns allen noch in den Knochen. Wie haben Sie die vergangenen anderthalb Jahre persönlich erlebt?**

Das war eine harte Zeit, auch für mich. Für uns alle ist diese Zeit mit starken Beschränkungen verbunden, auch mit vielen Unsicherheiten und Ängsten. Insgesamt hat mich aber der gesellschaftliche Zusammenhalt beeindruckt. Wir haben gut aufeinander Acht gegeben. Jetzt gilt es nach vorn zu gucken: impfen, testen und lockern – das funktioniert mittlerweile ganz gut. So langsam kehrt das Leben, wie wir es kannten, zurück. Wir alle haben uns einen guten Sommer verdient.

**Was ist für Sie die wichtigste Lehre aus der Corona-Zeit?**

Erstens: Es braucht einen, der führt und einen Plan hat. Zögern und Zaudern wurde in der Corona-Pandemie hart bestraft. Eine zweite Lehre: Investitionen in die Infrastruktur rechnen sich immer. Digitalisierung, bessere Straßen, mehr Schienen – das ist die Grundlage, um am wirtschaftlichen Erfolg teilhaben zu können.

**Sie treten für die SPD als Kanzlerkandidat an. Warum sollten die Wähler zur Bundestagswahl am 26. September ihre Stimme der SPD geben?**

Ich habe die notwendige Erfahrung, die nötige Energie und den richtigen Kompass dafür, wie wir Deutschland wirtschaftlich erfolgreich in eine neue klimaneutrale Zeit bringen. Unser Land braucht den politischen Wechsel. Wenn die Union nochmal die Regierung führt, gefährdet das Wachstum und Arbeitsplätze – weil sie keinen Plan haben und einfach weiterwurschteln. Das gilt es zu verhindern. Die entscheidenden Weichen für die nächsten Jahren müssen jetzt gestellt werden. Die SPD hat in der Koalition gezeigt, wie hartnäckig und zielstrebig sie sein kann. Ich nenne als Beispiel die Grundrente, Ausweitung des Kurzarbeitergeldes oder auch ordentliche Tariflöhne für Pflegeberufe. Wer mehr davon will, muss am 26. September SPD wählen.

**Besonders im Osten trifft die AfD auf hohe Resonanz. Gibt es in Ostdeutschland ein Demokratie-Problem, wie manche „Experten“ meinen?**

Ich möchte daran erinnern, dass es die Bürgerinnen und Bürger der DDR waren, die eine demokratische Revolution erfolgreich zu Ende gebracht haben. Das ist die historische Leistung der Ostdeutschen! Darauf können sie stolz sein. Aber klar ist auch: Die AfD ist eine Bedrohung für den demokratischen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Das ist aber kein deutsches und schon gar kein ostdeutsches Phänomen. Es gibt in vielen reichen westlichen Ländern eine große Unsicherheit, ausgelöst durch die Globalisierung. Viele stellen sich – zurecht

– die Frage: Geht das gut für mich aus? Der Wiederaufstieg Asiens zeigt, dass Milliarden Menschen auf dieser Welt das Gleiche können wie wir. Ich bin aber fest überzeugt, dass wir uns in diesem Wettbewerb behaupten können. Dafür brauchen wir aber ein Jahrzehnt der Investitionen. Investitionen in unsere Zukunft. Ein Zurück in die Vergangenheit, wie es die AfD propagiert, wird da nicht helfen.

**Wie machen Sie Politik für Ostdeutschland?**

Viele Ostdeutsche erfahren nicht den Respekt, der ihnen zusteht. Beispiel Mindestlohn. Ich will den Mindestlohn auf zwölf Euro anheben. Zehn Millionen Beschäftigte bekommen damit eine Gehaltserhöhung. Gerade im Osten werden das viele spüren können – übrigens mit langfristig positiven Folgen für das gesamte Gehaltsgefüge, auch für die Rente. Das bedeutet für mich Respekt vor jeder Arbeit und jeder Lebensleistung. Ein höherer Mindestlohn wird der Gesellschaft als Ganzes nutzen.

**Kurzarbeitergeld, Hilfsprogramme für Unternehmen, Unterstützung für Kommunen – das kostet viel Geld und Deutschland hat hohe Schulden aufgenommen. Haben die Ausgaben ihren Zweck erfüllt?**

Unsere Bilanz: Wir haben die Gesundheit von Millionen Bürgerinnen und Bürgern geschützt, mehrere Hunderttausend Unternehmen gerettet und mehr als zwei Millionen Arbeitsplätze gesichert. Das ist soziale Politik. Der Internationale Währungsfonds hat unserer Politik der Krisenbewältigung im internationalen Vergleich Spitzennoten gegeben. Darauf bin ich als Finanzminister ein bisschen stolz.

**Viele Bürger fragen nun zu Recht, wer das alles zurückzahlen soll. Verständlich, oder?**

Die kommenden Jahre werden finanziell herausfordernd. Denn die Gesetze der Mathematik lassen sich nicht aushebeln. Es ist ganz wichtig, dass wir zwei Fehler nicht machen: Nummer eins: Genau den Sozialstaat kaputt zu sparen, der uns gut durch die Krise gebracht hat. Nummer zwei: Die dringend nötigen Investitionen zusammenzustreichen, die unser Land fit machen sollen für die Zukunft. Mit mir als Kanzler werden die Kosten der Krise sicher nicht auf die mit niedrigen und mittleren Einkommen abgewälzt.

**Das ist ein Wort! Vielen Dank für das Gespräch.**



Carsten Schneider mit Olaf Scholz im Deutschen Bundestag.

## Mehr Mitbestimmung für Betriebsräte

SPD-Gesetz sorgt für deutlich mehr Rechte der Beschäftigten

Noch immer tun sich viele Arbeitgeber, aber auch Kolleginnen und Kollegen schwer damit, einen Betriebsrat zu gründen. Gerade in Ostdeutschland fehlt somit in vielen Betrieben eine starke und engagierte Vertretung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor Ort.

Dabei kann alles so einfach sein. Und mit dem „Betriebsrätemodernisierungsgesetz“ gibt es dank der SPD nun nochmals spürbare Erleichterungen auf dem Weg zur erfolgreichen Mitbestimmung im Betrieb.

### Erleichterung von Betriebsratsgründungen

Das vereinfachte Wahlverfahren darf künftig in Betrieben mit bis zu 100 Beschäftigten angewandt werden. Vorher ging das nur bei maximal 50 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern.

### Kündigungsschutz für Initiatoren

Der Kündigungsschutz gilt fortan nicht erst für Mitglieder des Wahlvorstandes, sondern bereits für Initiatoren einer Betriebsratswahl. Außerdem genießen künftig sechs statt bisher drei einladende Beschäftigte einer Wahlversammlung Kündigungsschutz.

### Mitbestimmung und Unfallschutz im Homeoffice

Konkret dürfen Betriebsräte bei der Einführung mobiler Arbeit über das „Wie“ mitentscheiden und Unfälle bei der Arbeit zuhause sind über die Unfallversicherung mit abgesichert.

### Mitsprache bei Künstlicher Intelligenz

Betriebsräte dürfen künftig einen Sachverständigen bei Entscheidungen zur Einführung Künstlicher Intelligenz (KI) hinzuziehen und den Arbeitgeber bei der Planung des Einsatzes von KI beraten.

### Starke Stimme für die Jugend

Mit der Absenkung des Wahlalters bei Betriebsratswahlen von 18 auf 16 Jahre dürfen junge Erwachsene künftig über ihren Betriebsrat mitbestimmen.

# Für den Erhalt des Erfurter Druckzentrums

Geplante Schließung ist ein Armutszeugnis der Eigentümer

Im September 2020 gab die FUNKE Mediengruppe bekannt, ihr Erfurter Druckzentrum bis 31.12.2021 zu schließen und die Zeitungsproduktion nach Braunschweig und Chemnitz zu verlagern. Dass die Schließung des Werks betriebswirtschaftlich wenig Sinn macht, hat ein vom Betriebsrat in Auftrag gegebenes Wirtschaftsgutachten bestätigt.

Offensichtlich geht es den Eigentümern um Profitmaximierung auf Kosten der Beschäftigten. Seit der Bekanntgabe der Schließung gab es zahlreiche Proteste. Ob die sonntäglichen Mahnwachen vor dem Werk in Bindersleben oder die Corona-konforme Kundgebung mit rund 100 Menschen auf dem Anger: Erfurter Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten waren dabei und stehen an der Seite der von Kündigungen betroffenen Mitarbeiter. So bezeichnete der Bundestagsabgeordnete Carsten Schneider die Entscheidung zur Standortaufgabe in einem überregionalen Gastbeitrag deutlich als „hässliche Fratze des Kapitalismus“, der Landtagsabgeordnete und ver.di-Bezirksvorsitzende Denny Möller macht klar: „Nur im solidarischen Miteinander können die Beschäftigten ihre Interessen gegenüber den Unternehmen durchsetzen“.

Trotz der Proteste und der betriebswirtschaftlichen Fragwürdigkeit der Entscheidung hält die FUNKE Gruppe an der Schließung des Werks fest. Ver.di verhandelte mit dem Management der FUNKE Mediengruppe einen Sozialplan aus. Abfindungen, die Einrichtung einer Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft sowie Treueprämien konnte die Gewerkschaft durchsetzen. Dieses Ergebnis wurde nur durch den Einsatz engagierter Kolleginnen und Kollegen und solidarischen öffentlichen Protest in den letzten Monaten möglich. Noch offen ist die Zukunft der rund 170 Versandhelfer. Auch mit ihnen werden die SPD und die Gewerkschaften weiter solidarisch sein.



Die Erfurter SPD mit dem Landtagsabgeordneten und ver.di-Bezirkchef Denny Möller (im Bild) steht fest an der Seite der Beschäftigten im Druckhaus.

Denny Möller ist studierter Diplom-Sozialarbeiter (FH) / Diplom-Sozialpädagoge (FH) und seit Juli 2020 als Landtagsabgeordneter unter anderem Sprecher für Soziales, Kinder und Jugend der SPD-Fraktion im Thüringer Landtag. Zuvor war er von 2009 bis 2020 Mitglied des Erfurter Stadtrates und viele Jahre Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses. Ehrenamtlich engagiert sich Denny bei zahlreichen Vereinen und Initiativen in Erfurt und ist zudem Bezirksvorsitzender der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) Thüringen.

# Per Mountainbike durch den Steiger

Der Landtagsabgeordnete Denny Möller unterstützt junge Biker in Erfurt

Seit dem Sommer 2020 gibt es eine öffentliche Diskussion um die Nutzung des sogenannten „Bunkers“ im Steigerwald. Es handelt sich um einen Mountainbike-Parcours, der wegen erhöhter Unfallgefahr aber mittlerweile zurückgebaut wurde.

Denny Möller, der kinder- und jugendpolitische Sprecher der SPD-Fraktion im Thüringer Landtag, sprach mit Fabio und Tassilo über ihr Hobby auf zwei Rädern.

### Wie seid ihr zum Mountainbike gekommen?

Wir haben viele Sportarten ausprobiert. Beim Mountainbiking haben wir sofort Blut geleckt. Vor drei Jahren haben wir angefangen, damit vor der Tür zu fahren. Ein Kumpel nahm uns dann mit zum „Bunker“.

### Wie verbreitet ist Mountainbiking in Erfurt?



Allein in unserer Whats-App-Gruppe sind über 50 Personen. Seit der Corona-Pandemie ist die Nachfrage gestiegen. Aus unserem Freundeskreis haben sich fünf Kumpels ein Bike gekauft.

### Wo fahrt ihr, seitdem der Bunker beseitigt wurde?

In der Stadt. Wir fahren Treppen herunter oder zum Bikepark nach Oberhof, aber die Fahrt dorthin und die Eintrittspreise sind sehr teuer. Wir sehnen uns nach einer Alternative und hoffen auf eine legale und geprüfte Strecke, auf der wir unseren Sport ausüben können.

# Welche Unterstützung brauchen Familien?

Der Erfurter Bundestagsabgeordnete Carsten Schneider fragt Bundesfamilienministerin Christine Lambrecht

**Sehr geehrte Frau Ministerin, die Pandemie hat Familien, Kindern und Jugendlichen viel abverlangt. Welche Unterstützungsmaßnahmen haben sich bewährt und wo müssen wir vielleicht auch politisch neu denken?**

Es hat sich ausgezahlt, dass die Familienpolitik vor rund 15 Jahren angefangen hat, nachhaltig zu investieren - in Zeit, Geld und Infrastruktur. Daran konnten wir in der Krise zügig anknüpfen. Als es schnell gehen musste, konnten wir Leistungen anpassen, vorhandene Strukturen nutzen, beispielsweise die Aufrechterhaltung der Notbetreuung in Krippen, Kitas oder Horten, die Ausweitung der Kinderkrankentage, eine Verdienstaufschlag-Entschädigung für Eltern, Sonderregelungen im Elterngeld oder beim Mutterschaftsgeld, Verdoppelung des steuerlichen Entlastungsbetrags für Alleinerziehende. Besonders wichtig: Wir haben den Kinderzuschlag für Familien mit kleinen Einkommen zu einem Notfall-Kinderzuschlag gemacht. Damit haben wir plötzliche Einkommenseinbußen für Familien abgedeckt und in der Krise Monat für Monat mehr Kindern geholfen und im Sommer fast eine Millionen Kinder erreicht.

Aber: die Pandemie hat den Blick auch auf Bereiche gelenkt, in denen es schon vorher Aufholbedarf gab. Das ist nicht nur die Digitalisierung an den Schulen, sondern auch Chancenungleichheiten, die sich automatisch vergrößern, wenn Eltern in punkto Lernen einspringen müssen. Eltern erwarten zu Recht, dass die Politik, Schulen und Kitas für Familien da sind. Die Ausweitung der Ganztagsbetreuung für Grundschulkin- der wird hier der nächste große Meilenstein für Familien sein.

**Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf war schon vor Corona nicht immer einfach. Wie können wir hier noch besser werden?**

Die Krise hat einmal mehr gezeigt, was es braucht, damit Vereinbarkeit gelebt werden kann: eine verlässliche Kinderbetreuung, flexible Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber und Eltern, die sich sowohl die Betreuung aber beispielsweise auch die wirtschaftliche Sicherung der Familie teilen können. Wir unterstützen die Länder dabei, die Betreuung in Kitas und Schulen weiter zu verbessern, etwa mit dem Gute-KiTa-Gesetz, dem fünften Investitionsprogramm Kita-Ausbau, einem geplanten Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung oder der Fachkräfteoffensive.

Vereinbarkeit und Partnerschaftlichkeit werden in den Familien mehr und mehr selbstverständlich zusammen gedacht. Auch das ist in der Krise deutlich geworden. Wir wissen mittlerweile aus mehreren Studien, dass Familien in der Corona-Zeit nicht mehrheitlich in traditionelle Rollen „zurückgefallen“ sind. Insbesondere



Paare, die sich schon vor der Pandemie die Kinderbetreuung partnerschaftlich aufgeteilt hatten, haben den erhöhten Betreuungsaufwand auch in der Krise partnerschaftlich geschultert. In einem Fünftel der Partnerschaften lief es sogar besser als vor der Krise – ebenso viele waren es, bei denen sich die Situation verschlechtert hat, die Erwerbs- und Sorgearbeit also ungleicher verteilt war als vor der Krise.

Und es hat sich ausgezahlt, dass in den letzten Jahren immer mehr Unternehmen verstanden haben, dass Familienfreundlichkeit ein Standortfaktor ist. Arbeitgeber und Vorgesetzte haben gemeinsam mit Eltern nach Lösungen gesucht, um den Ausfall der Betreuung und des Schulunterrichts abzufangen. Drei Viertel der Arbeitgeber haben Eltern geholfen, als sie von ihnen auf die Kinderbetreuungsproblematik angesprochen wurden. Das kann ein Anknüpfungspunkt sein, Vereinbarkeit weiter zu verbessern.

**Die Pandemie hat die unterschiedlichen wohnlichen, materiellen und kulturellen Voraussetzungen in den Familien deutlich vor Augen geführt: Wie sehr prägt soziale Ungleichheit die Chancen von Kindern und Jugendlichen?**

Auch hier hat doch die Pandemie noch einmal offengelegt, dass das, was uns antreibt, um Familien zu unterstützen und zu stärken, richtig ist - vor und gerade auch nach der Krise. Wir müssen Eltern in die Lage versetzen, arbeiten zu können. Und zwar in einem Umfang, der ihren Wünschen entspricht und ihre Existenz sichert. Zusätzliche Unterstützung dort, wo es finanziell nicht reicht, gibt es beispielsweise mit dem Kinderzuschlag. Diese und andere Leistungen werden wir weiterentwickeln, so dass mehr Familien sie noch besser und unbürokratischer beziehen können.

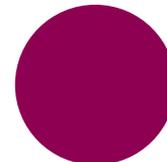
Besonders Kitas und Schulen sollten Orte sein, die die Folgen sozialer Ungleichheit für Kinder auffangen. So hat der Kitausbau dazu geführt, dass immer mehr Kinder früher in den Genuss einer guten Förderung kommen. Der Ausbau des Ganztags auch an Grundschulen kann dafür sorgen, dass sich die Chancen von Kindern weiter verbessern.

## Meine wichtigste Lehre aus Corona ist...



„Meine wichtigste Lehre aus Corona ist, dass systemrelevante Berufe überaus wichtig sind und diese Arbeiter\*innen zu wenig Wertschätzung erhalten und es leider auch oft die schlecht bezahltesten Berufe sind. Man muss zusammenhalten und solidarisch sein.“

**Annett Lange (51)**, Krankenschwester



„Meine wichtigste Lehre aus Corona ist, dass wir die Perspektiven und Lebenslagen von Familien viel stärker in den Blick nehmen und bei unseren Entscheidungen berücksichtigen müssen“

**Anja Zachow (48)**, Landesgeschäftsführerin der SPD



„Meine wichtigste Lehre aus Corona ist, dass ohne Solidarität nichts mehr geht.“

**Emmi Fischer (37)**, Koordinatorin Schulamt



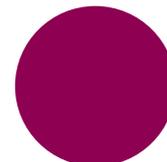
„Meine wichtigste Lehre aus Corona ist, dass auch schwerste Krisen wichtige Impulse für dringlichst überfällige Modernisierungen geben können und somit als Chance für notwendige fortschrittliche Veränderungen zu begreifen sind.“

**Stephan Scharlach (45)**, Rechtsanwalt



„Meine wichtigste Lehre aus Corona ist, die Gesundheit schätzen zu lernen und wie wichtig es ist, eine gute Gesundheitsversorgung in der Nähe zu haben.“

**Lucas Junker (23)**, Azubi als Fachkraft für Schutz und Sicherheit



„Meine wichtigste Lehre aus Corona ist, dass Solidarität keine Relikt der Achtziger, sondern das Gebot der Stunde ist.“

**Kirsten Breuer (...)**, 2. Bevollmächtigter IG Metall Erfurt



„Meine wichtigste Lehre aus Corona ist, dass Sport treiben und sich in der Natur fit zu halten die Gesundheit stärkt und immer eine gelungene sowie ausgleichende Abwechslung für mich gewesen ist.“

**Katrin Gabor (45)**, Bankkauffrau



„Arbeitende verdienen mehr Respekt für ihre Leistungen in diesen außergewöhnlichen Zeiten. Dies muss sich auch in der Entlohnung widerspiegeln.“

**Jens Eckardt (40)**, Arbeitnehmer in der Entsorgungsbranche

## LANDTAGSWAHL

### Darum muss Thüringen neu wählen

Am 5. Februar 2020 wurde der FDP-Abgeordnete Thomas Kemmerich im dritten Wahlgang mit Stimmen der Fraktionen der CDU und AfD zum Ministerpräsidenten des Freistaats Thüringen gewählt. Kemmerich nahm die Wahl an und wurde als Ministerpräsident vereidigt. Ein politischer Dammbbruch war geschehen. Bisher gab es unter allen demokratischen Parteien Konsens, nicht mit der rechtspopulistischen AfD zu paktieren. Mit diesem Konsens war es nun vorbei. Kemmerich hätte viel Schaden von sich und der politischen Kultur in Thüringen abwenden können, indem er die Wahl nicht angenommen und damit die arrogante Trickserie der AfD an Ort und Stelle in die Schranken gewiesen hätte. Den eigenen Kandidaten wollte die Höcke-Fraktion nämlich von Beginn an gar nicht ernsthaft wählen. Die Thüringer CDU zeigte sich nicht einsichtig und gratulierte Kemmerich auch noch. In mehreren Städten Deutschlands formierte sich schnell Protest gegen die Wahl Kemmerichs. Unter diesem Druck der Öffentlichkeit musste er sein Amt schließlich aufgeben, der Schaden blieb erhalten.

Die SPD Thüringen hat bereits unmittelbar nach der Wahl klar gemacht: Es muss zur Klärung der Situation Neuwahlen geben. Die Thüringer Wählerinnen und Wähler haben nach dem Vertrauensbruch das Recht, erneut über die Zusammensetzung des Thüringer Landtages zu entscheiden. Der bestehende Stabilitätspakt zwischen „Linke“, SPD, Grünen und CDU war notwendig, um eine handlungsfähige Regierung zu ermöglichen.

Dennoch sind Neuwahlen unumgänglich. Der bestehende Stabilitätspakt zwischen einer Minderheitsregierung und der oppositionellen CDU ist keine tragfähige Lösung. Gerade in der Krise braucht es eine starke und handlungsfähige Regierung mit klaren Verantwortlichkeiten.

Die Thüringer SPD steht zu den Vereinbarungen und zur Neuwahl. Es braucht jetzt Klarheit und Verbindlichkeit. Das sind wir den Thüringerinnen und Thüringern schuldig.

## Die BUGA – ein Quantensprung für den Erfurter Norden

Ortsteilbürgermeister Torsten Haß freut sich über die neue Gera-Aue

Es war ein Meilenstein für über 60.000 Erfurterinnen und Erfurter, die direkt an der Gera leben: der Beschluss der Stadtverwaltung Erfurt vor nunmehr zehn Jahren, sich für die BUGA 2021 zu bewerben. Dass damals auch entschieden wurde, neben dem klassischen Gartenbereich auf dem egapark und dem im Stadtzentrum gelegenen Petersberg auch die Gera-Aue im Norden zu entwickeln, zahlt sich heute aus. Bereits vier Jahre vor dem Beginn der eigentlichen BUGA-Bauarbeiten wurde die Gera renaturiert und somit der Grundstein dafür gelegt, das Ufer und die Wasserflächen des Erfurter Stadtflusses ganz neu erlebbar zu machen. Die dadurch möglich gewordenen Verbesserungen des erweiterten „Grünen Bandes“ durch Erfurt haben zu einer spürbaren und nachhaltigen Aufwertung der gesamten Stadtökologie geführt. Ganz besonders im Norden geht damit eine nochmals verbesserte Lebensqualität und Naturnähe einher, an der sich noch viele Generationen erfreuen können.

Mehr als fünf Kilometer beleuchtete Geh- und Radwege werden jetzt umrahmt von zahlreichen kreativ und liebevoll gestalteten Spielplätzen für kleine und große Kinder. Unzählige Wasser-Erlebnisbereiche, Grünzüge und Aufenthaltsbereiche mit Bänken, Schattenplätze und natürlich kleine Ruheoasen direkt am Wasser sorgen seit einigen Wochen für ein völlig neues Lebensgefühl an der Gera. Öffentliche Toiletten, ausreichend Papierkörbe und gastronomische Angebote runden die neue Gera-Aue ab.



Zufrieden mit der neuen Gera-Aue: Ortsteilbürgermeister Torsten Haß und Carsten Schneider am Moskauer Platz.

Die ersten Wochen sind schon ein schöner Beweis dafür, wie gut die Anwohner etwa am Moskauer Platz, im Rieth oder am Roten Berg ihren neuen Park annehmen und in den nächsten Jahrzehnten sicherlich auch pfleglich und liebevoll behandeln werden!

**Torsten Haß** ist Kommunalpolitiker mit Leib und Seele. Seit 2009 lenkt er als gewählter Ortsteilbürgermeister die Geschicke am Moskauer Platz. Als Leiter der Volkshochschule und amtierender Leiter des Sozialamts ist er auch beruflich mit der kommunalpolitischen Praxis vertraut. Zudem engagiert er sich für den Sport im Erfurter Norden: als Vorsitzender des SSV Erfurt Nord und Organisator des beliebten Zooparklaufs.

## Die Mieten dürfen nicht weiter durch die Decke gehen

Stadtrat Frank Warnecke kämpft für eine soziale Wohnungspolitik in Erfurt

Seit dem ersten Juni 2015 können die Bundesländer in Regionen mit besonders angespannten Wohnungsmärkten eine gesetzliche Mietpreisbremse einführen, wovon mittlerweile mehrere Bundesländer auch Gebrauch gemacht haben.

In großen Städten wie Erfurt sind die Mieten in den vergangenen Jahren zum Teil extrem stark gestiegen. Immer mehr Normalverdiener können sich deshalb das Wohnen in gefragten Citylagen nicht mehr leisten und müssen in günstigere Stadtrandgebiete ausweichen. So geht auf Dauer eine ausgewogene soziale Mischung in den Städten verloren.

Die SPD hat das Thema im Bund erneut aufgegriffen und unterstützt dabei auch die wohnungspolitischen Bestrebungen in Erfurt. Hier geht die Stadt mit dem sogenannten „Baulandmodell“ neue Wege.

Um den flächendeckenden sozialen Wohnungsbau zu forcieren, ist geplant, dass künftig alle Neubauprojekte

einen verbindlichen Mindestanteil von 20 Prozent für preisgünstigen sozialen Wohnraum vorhalten müssen.

„Das ist eine ganz wichtige Maßnahme, weil durch das anhaltende Bevölkerungswachstum zu befürchten ist, dass das Wohnungsangebot gerade in beliebten Stadtteilen wie der Altstadt, der Löbervorstadt oder im Brühl fortschreitend knapper wird“, so Frank Warnecke, SPD-Fraktionsvorsitzender im Stadtrat und Geschäftsführer des Thüringer Mieterbundes.

Das Baulandmodell soll der Verdrängung von Mieterinnen und Mietern mit geringeren Einkommen entgegen wirken und so auch eine soziale Ausgewogenheit in den Stadtteilen gewährleisten. Für eine langfristige Fortsetzung des Modells hofft Warnecke dabei auch auf entsprechende Förderprogramme des Bundes.

Frank Warnecke ist 1989 noch in die damals neu gegründete SDP der DDR eingetreten und baute die SPD in Erfurt von Beginn an mit auf. Beruflich küm-

mert er sich als Geschäftsführer des Thüringer Mieterbundes um Mieterberatung, sozialen Wohnungsbau und Streitbeilegung zwischen Mietparteien. Als Vorsitzender der SPD-Stadtratsfraktion und Vorstand des Mitmenschen e. V. engagiert er sich seit vielen Jahren im Ehrenamt für seine Heimatstadt Erfurt.



**Frank Warnecke** ist 1989 noch in die damals neu gegründete SDP der DDR eingetreten und baute die SPD in Erfurt mit auf. Beruflich ist er als Geschäftsführer des Thüringer Mieterbundes tätig und engagiert sich als Vorsitzender der SPD-Stadtratsfraktion und Vorstand des Mitmenschen e. V. seit vielen Jahren im Ehrenamt für seine Heimatstadt Erfurt.



# Willkommen in der Blumenstadt

Erfurts Oberbürgermeister Andreas Bausewein freut sich, dass Erfurt mit der BUGA eine lange Tradition neu erblühen lässt

Als die Erste internationale Gartenbauausstellung der sozialistischen Länder (iga) am 15. Oktober 1961 endete, verzeichneten die offiziellen Stellen insgesamt 3,5 Millionen Besucher in Erfurt.

Vielleicht kann dieser Besucherrekord 60 Jahre später im Rahmen der Bundesgartenschau ja sogar geknackt werden, wenn das Wetter und die Pandemielage mitspielen. Zu wünschen wäre es der Stadt und allen Beteiligten jedenfalls, denn damals wie heute stecken jahrelange Planungen, unzählige Arbeitsstunden, Ideen, Herzblut, Geld und Energie in den Anlagen und Ausstellungsflächen.

Zu den offiziellen BUGA-Flächen in Erfurt gehören der Egapark und der Petersberg. Zusammen bilden die zwei Areale eine 43 Hektar große Ausstellungsfläche. Davon gehen 36 Hektar Fläche auf den Egapark und sieben Hektar auf den Peterberg zurück. Beide Areale stehen unter Denkmalschutz.

## Egapark als Kernstück der BUGA

Der Egapark ist ein Gartenpark am westlichen Stadtrand Erfurts. Gartenfreunde kommen hier voll auf ihre Kosten. Das ganze Jahr über können sich Besucher an Blumen, Bäumen und Blüten aus aller Welt erfreuen.

Mit elf Themengärten, neun Freilandschauen, fünf Pflanzenschauhäusern und zahlreichen über das Jahr wechselnden Ausstellungen, Pflanzenbörsen und Gartenmärkten gehört der Egapark zu den größten Gartenparks Deutschlands. Er bildet das Kernstück der Bundesgartenschau. Allein für die Sanierung des Egaparks wurden laut BUGA-Angaben knapp 35 Millionen Euro Fördergelder ausgegeben.

## Ein bisschen Hollywood in Erfurt

Ein Höhepunkt am Petersberg ist der vier Meter hohe Erfurt-Schriftzug, auch wenn der bekannte Hollywood-Schriftzug nochmal zehn Meter höher ragt. Zur BUGA,

aber auch danach, soll der über dem Domplatz blühende Schriftzug als Fotomotiv locken.

Jede Menge Pflanzen wurden in den Festungsgraben gesetzt. Insgesamt wachsen dort laut Buga mehr als 10.000 Exemplare, darunter 100 Gemüsesorten und zahlreiche Blumen.

Neu zur Buga wurde außerdem der 19 Meter hohe Fahrstuhl mit seinen zwei freitragenden Brücken installiert. Die etwa 27,50 Meter langen Stahlbrücken sind sechs Tonnen schwer. Mit dem Fahrstuhl und den Brücken ist der Petersberg nun erstmals behindertengerecht erschlossen. Die Kosten dafür gibt die Stadt mit 1,7 Millionen Euro an.

## Der neue Gera-Radweg: Glück auf zwei Rädern

Die Gera-Aue im Norden von Erfurt ist zwar keine offizielle Buga-Ausstellungsfläche, aber mit Mitteln der Buga gefördert worden und im Gegensatz zum Egapark und dem Petersberg ohne Eintritt zugänglich. Im Rahmen der Buga-Vorbereitungen wurde die Geraaue laut BUGA-Angaben auf 60 Hektar erweitert.

Ein fünf Kilometer langer Radweg führt durch die langgestreckte Parkanlage von Erfurts Mitte bis an die nördliche Stadtgrenze. Neben einer neuen Beleuchtung wurden direkt am Radweg insgesamt 17 Bänke aufgestellt, die zum Rasten und Verweilen in der neuen entstandenen Parklandschaft im Erfurter Norden einladen.

„Der neue Gera-Radweg stellt einen erheblichen Zugewinn für die Erfurter Radverkehrsinfrastruktur dar“, freut sich Oberbürgermeister Andreas Bausewein.

Fest steht jedenfalls schon heute: Die Investitionen in die BUGA 2021 werden Erfurts guten Ruf als Zentrum des Gartenbaus langfristig neu beleben und den grünen Charme der Landeshauptstadt noch für viele Jahre und Jahrzehnte prägen. Rosige Aussichten für die Blumenstadt!

## Carsten Schneider: Für Erfurt in Berlin

Wenn Fördergelder vom Bund Projekte vor Ort erst möglich machen

„Ohne Moos nix los“, das gilt auch für die Politik in der Stadt. Mit dem Bundestagsabgeordneten Carsten Schneider hat Erfurt einen ausgewiesenen Haushalts- und Finanzexperten in Berlin, der nach vielen Jahren im Haushaltsausschuss genau weiß, welche Fördertöpfe im Bundeshaushalt zur Verfügung stehen. Immer wieder gelingt es Schneider, Fördergelder vom Bund nach Erfurt zu lenken. Dadurch konnten bis heute zahlreiche Vorhaben umgesetzt werden, die die Stadt alleine nicht hätte finanzieren können.

Bereits 2005 setzte der Erfurter Abgeordnete im Haushaltsausschuss des Bundestages eine Bundesförderung über 1,3 Millionen Euro für den Neubau der Radrennbahn im Andreasried durch. 2009 eröffnete das neue Oval im Erfurter Norden.

Auch Erfurts moderner ICE-Bahnhof wäre ohne den Einsatz des Haushaltspolitikers wohl nicht 2008 eröffnet worden. Schneider sorgte 2002 in Berlin dafür, dass die ICE-Schnellstrecke München-Berlin wieder in den Bundesverkehrswegeplan aufgenommen wurde.

Bei der renommierten Fraunhofer-Gesellschaft konnte Schneider eine zukunftsweisende Standortentscheidung zugunsten Erfurts erreichen. Im Oktober 2018 nahm das Fraunhofer-Projektzentrum „Mikroelektronische und Optische Systeme für die Biomedizin“ am Urbicher Kreuz seine Arbeit auf. Heute beschäftigt das Forschungszentrum bereits 30 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Mit 2,7 Millionen Euro aus dem Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“ war es möglich, den alten Sportkomplex in der Essener Straße im Rieth grundständig zu sanieren. In diesem Jahr wurde neu eröffnet.

Aus dem gleichen Topf konnte den Stadtwerken beim Erhalt des beliebten und traditionsreichen Dreibrunnenbades und des Freibades in Möbisburg finanziell unter die Arme gegriffen werden. Dank insgesamt 4,5 Millionen Euro aus dem Bundeshaushalt können beide Bäder instand gesetzt und erneuert werden.



Frohe Kunde für die Kulturgenossenschaft: Für das alte Schauspielhaus fließt eine halbe Million Euro aus Berlin nach Erfurt.

## Aufholpaket: Damit kein Kind hängen bleibt

Zwei Milliarden Euro zusätzlich für Kinder und Jugendliche

Während der Corona-Pandemie mussten gerade Kinder und Jugendliche große Entbehrungen in ihrem gewohnten Alltag erfahren. Nicht nur die Schule konnte nicht wie gewohnt besucht werden, sondern auch Treffen mit Freunden, Sport und sonstige Freizeitangebote waren nicht möglich.

Die SPD setzt sich daher in besonderem Maße für die Stärkung von Kindern und Jugendlichen ein, um die entstandenen Rückstände aufzuholen. Mit zwei Milliarden Euro wurde ein großes Aktionsprogramm „Aufholen nach Corona“ verabschiedet, das in vielfältiger Weise zum Einsatz kommt.

Das Programm beinhaltet vier zentrale Säulen zur bestmöglichen Unterstützung junger Menschen. Erstens sollen pandemiebedingte Lernrückstände durch zusätzliche Förderangebote verringert werden. Hierfür stehen eine Milliarde Euro bis 2022 zur Verfügung.

Zweitens wird der Bereich der frühkindlichen Bildung gestärkt, unter anderem durch die Förderung von eintausend weiteren Sprach-Kitas.

Die dritte Säule betrifft die außerschulischen Angebote. Hierfür gibt es unter anderem einen einmaligen Bonus von 100 Euro pro Kind an bedürftige Familien, um die Teilnahme an Ausflügen und Exkursionen, Veranstaltungen oder Ferienfreizeiten zu ermöglichen.

Die vierte und letzte Säule dient der Unterstützung und Begleitung der Kinder in ihrem Schulalltag durch mehr Schulsozialarbeit.

Wichtig war der SPD, dass die Hilfen schnell und unbürokratisch vor Ort ankommen. Junge Menschen sollen nach den harten Monaten des Lockdowns zielgerichtet unterstützt und schrittweise zurück in ihren gewohnten Alltag begleitet werden.

# Moderne Schulen für gerechte Chancen

Die SPD ist der Motor beim digitalen Lernen und investiert in die Zukunft

Schon vor Beginn der Pandemie war klar, dass die Digitalisierung der Schulen weiter vorangetrieben werden muss. Daher der Bund bereits im Sommer 2019 fünf Milliarden Euro zur besseren digitalen Ausstattung der Schulen bereitgestellt. Die Länder haben sich mit weiteren 500 Millionen beteiligt.

Damit Kinder und Jugendliche bestmöglich auf das Leben in einer digitalen Welt vorbereitet werden, setzt sich die SPD-Bundestagsfraktion für eine dauerhafte und zuverlässige Unterstützung des Bundes bei diesem wichtigen Thema ein. Allein für Thüringens Schulen steht eine Summe von über 183 Millionen Euro zur Verfügung.

Der Digitalpakt Schule umfasst dabei nicht nur eine moderne technische Ausstattung, sondern auch medienpädagogische Konzepte und Schulungen für Lehrkräfte. Die konkrete Umsetzung vor Ort bleibt dabei uneingeschränkt den Ländern vorbehalten.

Mit Beginn der Corona-Krise standen die Schulen in besonderem Maße vor ungekannten Herausforderungen, da der Unterricht in Präsenz nicht mehr möglich war. Insbesondere für Schülerinnen und Schüler aus sozial benachteiligten Familien entstanden hohe Hürden beim



Malu Dreyer, die Ministerpräsidentin von Rheinland-Pfalz, zu Besuch in Erfurt: Insgesamt investieren Bund und Länder 6,5 Milliarden Euro in die Digitalisierung von Deutschlands Schulen.

Homeschooling. Da Bildung und Teilhabe nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen darf, hat sich die SPD für ein weiteres 500-Millionen-Euro-Hilfspaket eingesetzt. Mit diesem Geld sollen Laptops für Schülerinnen und Schüler unbürokratisch bereitgestellt werden, die zuhause nicht über ein eigenes Endgerät verfügen. Eine weitere Aufstockung erfolgte im Rahmen des Konjunktur- und Zukunftspakets. Mit zusätzlichen 500 Millionen Euro finanziert der Bund IT-Fachkräfte für die Schulen, um Lehrkräfte von technischen Aufgaben zu entlasten. In Summe wurde der Digitalpakt um 1,5 Milliarden Euro aufgestockt, um die Bildungsversäumnisse der Corona-Pandemie aufzuholen.

## CITY-QUIZ

### ERFURT

Im Rahmen der Ersten Internationalen Gartenbauausstellung (iga) wurde die Straßenbahnlinie von der damaligen Endhaltestelle Gothaer Straße bis zum Haupteingang der iga verlängert und ab dem 16. April 1961 planmäßig befahren.

Welche Straßenbahnlinie fährt heute zum egapark?

- a.) Linie 1
- b.) Linie 2
- c.) Linie 4

### BERLIN

Welche Touristenattraktion der Bundeshauptstadt liegt im ehemaligen Ostteil der Stadt?

- a.) Schöneberger Rathaus
- b.) Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche
- c.) Museumsinsel

Bitte senden Sie Ihre Antworten bis zum 15. August 2021 per E-Mail ([info@spd-erfurt.de](mailto:info@spd-erfurt.de)) oder per Post (SPD Erfurt, Andreasstraße 3, 99084 Erfurt) ein.

Unter den richtigen Einsendungen werden fünf Fahrten für zwei Personen nach Berlin ausgelost.

Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.



# Wir wünschen schöne Ferien!

Die SPD Erfurt wünscht allen Schülerinnen und Schülern erlebnisreiche und erholsame Sommerferien. Wir drücken ganz fest die Daumen, dass die Infektionslage stabil bleibt und ihr endlich all die Dinge nachholen könnt, auf die ihr so lange verzichten musstet. Trefft Freunde, treibt Sport, macht Musik und feiert auch ein bisschen! Macht das, was euch gut tut und versucht einfach, das Leben zu genießen! Aber vor allem: Bleibt gesund, passt auf Euch auf und bleibt solidarisch! Wir arbeiten nach Kräften dafür, dass das neue Schuljahr besser wird als das alte. Versprochen!